

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel
KW 10
03. bis 09.03. 2025

Fernpass sorgt für Diskussion

Opposition befürchtet Millionengrab, Land Tirol beruhigt

Das Fernpasspaket nimmt weitere konkrete Konturen an. Die Fernpassmautgesellschaft wurde mit 600 Millionen Euro vom Land Tirol gegründet. Ursprünglich wurden mit 500 Millionen angegeben, was die Opposition im Tiroler Landtag verstimmt.

Von Johannes Pirchner

„Die Fernpassstraße GmbH, die zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Tirol ist, nimmt ihre Arbeit auf. Sie wird künftig für Bau, Erhaltung und Verwaltung der B 179 Fernpassstraße verantwortlich sein. Eigentümer der Straße und aller Anlagen bleibt jedoch das Land Tirol“, erklärt LHStv Josef Geisler. Das Finanzierungsvolumen der Gesellschaft liegt bei 600 Millionen Euro. Das Investitionsvolumen liegt bei 500 Millionen Euro. Ursprünglich wurden 500 Millionen geschätzt (Stand 2023). Das Land Tirol hält allerdings fest, dass das Paket weiterhin 500 Millionen Kosten soll. In den 600 Millionen sind etwa laufende betriebliche Aufwendungen und Finanzreserven inkludiert.

LANDESBUDGET NUR INDIREKT BELASTET. Die notwendigen Mittel für die Vorhaben stammen nicht aus dem Landesbudget und damit nicht aus Steuermitteln, sondern werden mittels Krediten finanziert. Diese werden seitens der GmbH dann durch die Mauteinnahmen getilgt. Diese sollen bei etwa 45 Millionen

Euro jährlich liegen. Die Einnahmen aus der Fernpass-Durchzugsmaut werden weiters ausschließlich wieder in die Infrastruktur vor Ort investiert – also entlang der B 179 Fernpassstraße. So werden die Investitionen sowie aktuelle und künftige hohe Erhaltungskosten finanziert, so nach einer Presseaussendung des Landes Tirols aus dem Büro von LHStv Josef Geisler.

EINIGKEIT BEI OPPOSITION. Die Tiroler Oppositionsparteien im Landtag sind nicht erfreut und befürchten eine Kostenexplosion. FPÖ Verkehrssprecherin Evelyn Achorner kritisiert die Kostenexplosion von 100 Millionen Euro und sieht das Fernpasspaket auf dem Weg zu einem zweiten MCI – ähnlich der Grünen Klubobmann Gebi Mair und Bezirksprecherin Margit Dablander. Für 600 Millionen Euro bekommt man etwas, was niemand will. Der Bahntunnel würde echte Entlastung bringen, so die Grünen. Ins gleiche Horn stößt auch die Liste Fritz. Andrea Haselwanter-Schneider warnt vor der drastischen Kostensteigerung des Fernpasspaketes. „500 Millionen Euro waren ursprünglich für das Fernpasspaket budgetiert. Jetzt sind es bereits 600 Millionen Euro. Und wer weiß, ob das Ende der Fahnenstange damit erreicht ist. Besonders kritisch sieht sie die Finanzierung des Projekts. „Wenn bereits in der Planungsphase Millionen verpuffen, darf man gespannt sein, wie viel das Fernpasspaket am Ende des Tages kosten wird.“



LHStv. Josef Geisler verteidigt das Fernpasspaket und weist Kritik der Opposition zurück.

Foto: Die Fotografen

BELASTET-JEIN. Es stimmt natürlich, dass das Landesbudget nicht belastet ist, da alle Investitionen und Kredite über die Fernpassstraßen GmbH aufgenommen werden. Andererseits befindet sich diese zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Tirols, was eine indirekte Belastung mit sich zieht. Festzuhalten ist allerdings auch, dass die 100 Millionen Euro vornehmlich für andere Kosten, wie Finanzreserven – also etwa Kreditrückzahlungen und betriebliche Aufwendungen, etwa Personalkosten, verwendet werden. Sowohl Landesregierung, als auch Opposition haben hier berechnete Punkte.

Liste Fritz tritt bei WK-Wahl an

(ahai) Unter dem Namen „Liste Fritz. Für buntes Wirtschaften“ tritt die Liste Fritz erstmals in ihrer Geschichte mit Kandidaten in zehn Fachgruppen bei den Wirtschaftskammerwahlen am 12. und 13. März 2025 an. „Wir wollen die Interessenvertretung bunter und vielfältiger machen, daher bieten wir engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern eine Plattform“, erklärt Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint.

5./6. März 2025

Politik am Sonntag



Der Schutzstatus des großen Beutegreifers wurde jetzt endgültig von streng geschützt auf geschützt herabgestuft.

Foto: Rudy De Maer

Totschnig zufrieden, Debatte über Feriensitze

Eine mit Spannung erwartete Entscheidung in der Tiroler Landesverwaltung dürfte gefallen sein: **Andreas Wieser** aus dem Büro von Landeshauptmann **Anton Mattl** (VP) dürfte der scheidenden Chefin der Gemeindeabteilung **Christine Salcher** nachfolgen. Salcher geht in Pension.

Die EU-Kommission hat jetzt den Änderungsvorschlag für die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) zur Herabsetzung

des Schutzstatus des Wolfs vorgelegt. Für Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** (VP) wird damit eine wichtige Maßnahme gesetzt, um die Balance in der Natur und unserer Kulturlandschaft sicherzustellen und die Bevölkerung besser zu schützen.

Dass Kitzbühels ÖVP-Bürgermeister **Klaus Winkler** eine Lockerung der Freizeitwohnsitzregelung fordert, stößt auf Kritik. „Es braucht keinen neuen Blick auf Freizeitwohn-

sitze, sondern den klaren Blick für die Interessen der Tiroler Bevölkerung anstatt für die Interessen irgendwelcher Investoren“, betont Liste-Fritz-Klubobmann **Markus Sint**. Der Vorschlag, die genehmigten Freizeitwohnsitze höher zu besteuern, greife ebenfalls viel zu kurz. Laut Sint sind das Hauptproblem die Tausenden illegalen, als falsche Hauptwohnsitze getarnten Freizeitwohnsitze. „Dagegen können die Bürgermeister und Gemeinden vorgehen.“ (pm)

Abtreibungen an Spitälern als politisches Ziel

In Innsbruck wird neben einer bereits bestehenden Ordination im niedergelassenen Bereich, in der Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, eine weitere eingerichtet. Auf Antrag von Gesundheitslandesrätin **Cornelia Hagele** (VP) hat die Landesregierung die Förderung für eine Ordination mit einer medizinisch notwendigen Grundausstattung beschlossen. Die Förderung umfasst die Einrichtung der Ordination wie auch einen monatlichen Mietkostenzuschuss für mindestens drei Jahre. Dafür werden 90.000 Euro bereitgestellt.

„Ich bin froh, dass wir in der Frage des Angebots einen wesentlichen Schritt weiter sind und damit ein drohender Engpass verhindert wird“, sagte Frauenlan-



Hagele (l.) will medizinisch qualitätsvolle Voraussetzungen schaffen. Yildirim fordert Abtreibungen auch in öffentlichen Spitälern.

desrätin **Eva Pawlata** (SPÖ). Für Hagele geht es darum, „medizinisch qualitätsvolle Voraussetzungen zu schaffen und das wirtschaftliche Risiko für Ärztinnen und Ärzte möglichst gering zu halten“. Trotzdem hofft die SPÖ, dass Abtreibungen künftig auch in den öffentlichen Spitälern möglich sind.



Fotos: Falk, Liebl

„Das ist weiterhin das Ziel“, betont Frauenvorsitzende und Nationalrätin **Selma Yıldırım**. Ein sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und kostenlose Verhütungsmittel müssten längst selbstverständlich sein. „Andere Länder machen es vor.“

Die SPÖ-Klubchefin im Landtag, **Elisabeth Flei-**

schanderl, will sich weiter für „Verbesserungen bei der medizinischen Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen“. Damit verbunden sei die Forderung nach der „Aufnahme in den Leistungskatalog der Österreichischen Gesundheitskasse“.

Für die grüne Landtagsabgeordnete **Zeliha Arslan** ist die nunmehrige Lösung „kein Fortschritt und kein Ausbau dieser wichtigen Gesundheitsleistung für Frauen, sondern die Einzelementierung des konservativen Status quo in Tirol“. In dieselbe Kerbe schlägt Liste-Fritz-Parteibfrau **Andrea Haselwanter-Schneider**. „Das Angebot ist daher sicherzustellen und an Spitälern anzusiedeln, um das medizinische Risiko für betroffene Frauen zu minimieren.“ (TT)

 Redaktion
Evelyn Hartman
 zu Favoriten 

Fernpass-Paket

Ablehnung der Volksbefragung sorgt für Empörung bei Liste Fritz


20. Februar 2025, 09:07 Uhr



Seit Jahrzehnten ist die B179 Stau-Hotspot im Bezirk Reutte. Foto: Zoom Tirol hochgeladen von **Evelyn Hartman**

Die Liste Fritz kritisiert die Tiroler Landesregierung scharf, weil sie zum dritten Mal eine Volksbefragung zum Fernpasspaket abgelehnt hat. Klubobmann Markus Sint spricht von einem „Armutszeugnis für ÖVP und SPÖ“ und wirft ihnen vor, die Bevölkerung zu übergehen.

Toplinks

BEZAHLTE ANZEIGE  **UNSERE GESCHMACKSWELT**
Kennst du schon die Ge-

Die Liste Fritz kritisiert die Tiroler Landesregierung scharf, weil sie zum dritten Mal eine Volksbefragung zum Fernpasspaket abgelehnt hat. Klubobmann Markus Sint spricht von einem „Armutszugnis für ÖVP und SPÖ“ und wirft ihnen vor, die Bevölkerung zu übergehen.

TIROL/AUSSERFERN (eha). „Die Menschen in Tirol haben genug von Staus, Lärm und schlechter Luft“, so Sint. „Doch die Landesregierung redet lieber über die Bürger, statt mit ihnen.“ Er wundert sich über die „Angst von ÖVP und SPÖ vor der eigenen Bevölkerung“ und meint: „Wenn das rund 500 Millionen Euro teure Projekt so gut wäre, würde man es doch zur Abstimmung vorlegen.“

Besonders kritisiert Sint die „Propaganda-Linie der Mattle-Regierung“, die den Bau des Fernpass-Scheiteltunnels mit jedem hängengebliebenen LKW rechtfertigt. „Statt LKW-Fahrverbote und Kettenanlegepflicht konsequent zu kontrollieren, wird Stimmung für den Tunnel gemacht“, so Sint. Für ihn ist klar: „Die schwarz-rote Landesregierung verkauft die Bevölkerung für dumm – aber die Leute durchschauen das.“

LISTE FRITZ

Anton Raggl ist neuer Bezirkssprecher

Der Lienzer Anton Raggl löst Günther Hatz als Bezirkssprecher der Liste Fritz ab. Er will die Partei in Osttirol bekannter machen.



Liste Fritz Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider und Bezirkssprecher Anton Raggl. Foto: Knorr

Die Liste Fritz hat einen neuen Bezirkssprecher für Osttirol. Der Lienzer **Anton Raggl** löst **Günther Hatz** als Bezirkssprecher ab, er hat sich am Freitag in einer Pressekonferenz in Lienz den MedienvertreterInnen vorgestellt. Raggl will sich für Parteithemen einsetzen und die Liste Fritz in Osttirol bekannter machen und Alternativen für die WählerInnen anbieten. Raggl versteht die Liste Fritz vor allem als Kontrollpartei für die großen Fraktionen in Tirol.

Die Liste Fritz hat einen neuen Bezirkssprecher für Osttirol. Der Lienzer **Anton Raggl** löst **Günther Hatz** als Bezirkssprecher ab, er hat sich am Freitag in einer Pressekonferenz in Lienz den MedienvertreterInnen vorgestellt. Raggl will sich für Parteithemen einsetzen und die Liste Fritz in Osttirol bekannter machen und Alternativen für die WählerInnen anbieten. Raggl versteht die Liste Fritz vor allem als Kontrollpartei für die großen Fraktionen in Tirol.



Audiobeitrag anhören

Anton Raggl ist neuer Bezirkssprecher

00:00

00:48

Liste Fritz-Obfrau **Andrea Haselwanter-Schneider** dankte auch Günther Hatz für seinen bisherigen Einsatz als Bezirkssprecher.

Forderung an BKH Lienz: Umkleidezeit ist Arbeitszeit

Haselwanter-Schneider forderte im Rahmen der Pressekonferenz auch „klare Verhältnisse“ im Bezirkskrankenhaus Lienz. Im Gegensatz zu anderen Krankenhäusern in Tirol und den Tirol-Kliniken sei das Personal in Lienz benachteiligt. Aus hygienischen Gründen muss sich das Personal im Krankenhaus umziehen – und diese Zeiten würden nicht gänzlich als Arbeitszeit gerechnet, kritisiert die Liste Fritz. Laut einem Beschluss des Gemeindeverbandes werden im Ausgleich zur Umkleidezeit zehn Minuten mehr Mittagspause zugestanden. Das sei nicht fair, sagt Haselwanter-Schneider, vor allem dann, wenn es aufgrund der Diensterteilung keine Mittagspause gebe.

Die Liste Fritz verweist auf Alternativen: die Tirol Kliniken zählen die Umkleidezeit als Arbeitszeit und auch in Kärnten gebe es entsprechende gesetzliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen.



Clemens Perktold
redaktion.imst@
meinbezirk.at

Fernpasspaket 600

Neue Zahlen präsentiert: Das Fernpasspaket ist laut neueren Berechnungen rund 600 Millionen schwer.

VON CLEMENS PERKTOLD

OBERLAND. Es sind, laut Presseaussendung des Landes Tirol, weitere abgeschlossene Schritte, mit denen das Fernpass-Paket Form annimmt: Mit März nimmt die neu gegründete Fernpassstraße GmbH ihre Arbeit auf. Insgesamt beträgt das Investitionsvolumen beim Fernpass-Paket rund 500 Millionen Euro (2023). Das Finanzierungsvolumen der Gesellschaft liegt nun bei rund 600 Millionen Euro. Das Land hält fest: „Das Fernpass-Paket kostet nicht 600 Millionen, sondern 500 Millionen Euro. Bei den 600 Millionen Euro sind die 500 Millionen Euro sowie weitere

DA HOFER



„Der bunte Imschter Zebraastroafe, den se eh it g'mächt habe, isch a schmaler Grat. Vor allem für unsere luschtige Weiberleit.“

ZAHL DER WOCHE

600

Mit März nimmt die neu gegründete Fernpassstraße GmbH ihre Arbeit auf. Insgesamt beträgt das Investitionsvolumen beim Fernpass-Paket rund 500 Millionen Euro. Das Finanzierungsvolumen der Gesellschaft liegt bei rund 600 Millionen Euro.

KOMMENTAR

Faschingsumzug mit einem Loch im Spaß

Die Weiberfasnacht sorgte am vergangenen Donnerstag einmal mehr für Furore im Imster Stadtzentrum. Zahlreiche Schaulustige säumten den Weg des bunten Umzuges, der die verschiedensten Themen phantasievoll aufbereitete. Der Spaß hatte allerdings für einige ZuschauerInnen und vor allem deren Kinder spätestens dann ein Loch, als sich eine „(Gast-)Gruppe auf blutrünstige Art und Weise mit dem Thema Menstruation auseinandersetzte. Einige Kinder bekamen ob der „Performance“ regelrechte Angstzustände, der Unmut vieler Mütter entlud sich auch in den sozialen Medien. Die Organisatorinnen zeigten sich in ihrer Stellungnahme nur teilweise einsichtig und machten die Sache damit nicht besser. Die Frage, ob das Thema Menstruation auf einem Faschingsumzug etwas verloren hat, bzw. szenisch vor einem jugendlichen Publikum dargestellt werden soll, beantwortet sich eigentlich von selbst. Dass man sich beim Umzug publikumswirksam über den Regenbogen-Zebraastreifen als Symbol der Toleranz lustig machte, entbehrt nicht einer gewissen - unfreiwilligen - Ironie.

Weitere Artikel jetzt online lesen



Jetzt QR-Code scannen und weitere Artikel aus dem Bezirk IMST online lesen. Nicht alle Berichte schaffen es in die Zeitung, daher ist **MeinBezirk.at** eine gute Ergänzung zur gedruckten Ausgabe.



Die Transitlawine ist im Sommer wie im Winter eine Belastung für die Region. Das Fernpass-Paket soll die Situation entschärfen.

Aufwendungen inkludiert.“ Die Grünen lassen, ebenso wie die anderen Oppositionsparteien, kein gutes Haar am Plan des Landes. „Das Fernpass-Debakel verzögert sich nicht nur um Jahre, sondern es kostet auch noch viel viel mehr: eine Kostenexplosion um 100 Millionen Euro, bevor noch ein einziger Bagger aufgefahren ist“, geht Klubobmann Gebi Mair

an die Decke. „Absurd“, finden die Grünen Bezirkssprecherinnen Dorothea Schumacher aus Imst und Margit Dablander aus Reutte: „Für 600 Millionen Euro bekommen wir etwas, das in unseren Bezirken niemand will.“ Die beiden berichten von der Stimmung vor Ort, wo man dem Projekt absolut negativ gegenüber steht. FPÖ

AB 1. MÄRZ
BIS DEZEMBER
JEDEN SAMSTAG
VON 9 BIS 12.30 UHR
VORPLATZ
PFLEGEZENTRUM IMST

Gutes von unseren Bauern

Bäuerliche Erzeugnisse & regionale Produkte

„Wissen, wo's herkommt“

Raiffeisen www.insrix.at

**WK-WAHL
12. BIS 13.
MÄRZ 2025**

Wirtschaft mit Weitblick.

Michael Kirchmair
Landespräsident SWV Tirol

Wirtschaftsverband Tirol

Mach dein Kreuz bei Liste 2!

Alle Infos zur Wahl:

STIMMZETTEL

Listennummer	Bezeichnung der Wählergruppe	Für die jeweilige Wählergruppe im Kreis ein Kreuz setzen
1	Liste 1	<input type="radio"/>
2	SWV - Wirtschaftsverband Tirol, Team Michael Kirchmair	<input checked="" type="radio"/>
	Liste 2	<input type="radio"/>
	Liste 3	<input type="radio"/>

Millionen schwer



Fritz Gurgiser & Co. sind erklärte Gegner des Fernpasspaketes.



Die zweite Röhre am Lermooser Tunnel muss gebaut werden, weil sonst keine Genehmigung des Objektes mehr möglich wäre.

Fotos: Archiv, Perktold

-Sprecherin Evelyn Achthorner schimpft: „Die Landesregierung hat ein Fernpasspaket mit 500 Millionen Euro beschlossen, für ein Projekt, das keiner will, weil es nichts bringt. Es gibt viele Lösungen für eine dringend notwendige bessere Anbindung an das Außerfern und somit an den süddeutschen Raum. Man möchte meinen, man hätte die Mehr-

wertsteuer vergessen.“ LHStv Josef Geisler betont: „Ich stelle einmal mehr klar: Das Fernpasspaket ist ein Sicherheits- und Entlastungspaket. Außerdem ist das 7,5-Tonnen-Fahrverbot nicht in Gefahr.“ Liste Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider: „Ein weiteres Unternehmen, das sich jeglicher Kontrolle durch den Landtag entziehen wird.“

Prävention gegen Mobbing

Wurdest du schon einmal gemobbt? Oder kennst du jemanden, der/die bereits Mobbing erlebt hat – sei es durch Kollegen, Mitschüler oder sogar (angebliche) Freunde?

Dann weißt du, wie es sich anfühlt, als Außenseiter behandelt zu werden. Beschimpfungen, Auslachen, Ausgrenzung – all das kann verletzen und belasten. Hier hast du die Möglichkeit, Hilfe zu finden und mit Menschen zu sprechen, die dich verstehen und unterstützen!

WhatsApp-Gruppe:

Prävention gegen Mobbing

0650-8408505

WERBUNG

UMFRAGE DER WOCHE



Die Umfrage zum Thema finden Sie auf MeinBezirk.at/Imst



TAXI - KRANKENTRANSPORTE

TAXI 17 18 19 FÖRG

☎ 0800/17 18 19 FREECALL

**DIALYSE-FAHRTEN
BESTRAHLUNGS-FAHRTEN
CHEMOTHERAPIE-, REHA-
UND KURFAHRTEN**

LARIMAR
TOP-WELLNESS & GESUNDHEIT

8 Pools mit Thermal-, Meer- & Süßwasser, 7 Saunen, Gourmet- & Vitalküche, u.v.m.

Wellness, Basenfasten & F.X. Mayr

Frühlingserwachen: 5 Nächte (So.-Fr.) mit allen Inklusivleistungen, Larimar-Energiemassage u.v.m. Ihr Vorteilspreis ab € 899 statt € 978 p.P. im DZ.

Intervall-Basenfasten: 7 Nächte mit allen Inklusivleistungen, basische Ernährung, Arzt-Untersuchung, Mikronährstoffanalyse, O2-Vitaltherapien, Massagen, Wickel, Detoxbäder u.v.m. ab € 1753 p.P. im DZ.

TIPP: Immunsystem stärken mit **F.X. Mayr & Ayurveda**. Termine: 30.03.-13.04., 09.-23.06., 13.-27.07.

Wellness- & Gesundheitsurlaub mit Hund möglich.

★★★★ SUPERIOR
LARIMAR
HOTEL-THERME-SPA
STEGERSBACH
SÜDBURGENLAND

Jetzt anfragen:
urlaub@larimarhotel.at
03326 / 55 100
www.larimarhotel.at

Buchungscode:
Mein Bezirk

TUI
Live Happy

Horizont. Erweitert.

Kreuzfahrten mit nicko cruises neu erleben.

UNVERGESSLICHE ERLEBNISSE AM POLARKREIS
ab/bis Kiel mit der VASCO DA GAMA
z.B. von 21.08.-05.09.2025
Preis pro Person ab

€2.280

Buchung und Details in Ihrem TUI Das Reisebüro, TUI ReiseCenter und auf www.tui.at/kreuzfahrten
Angebote gelten nur für Neubuchungen bis 16.03.2025 und nur für den Kreuzfahrtpreis. Begrenztes Kontingent. Es gelten die Reisebestätigung und AGB der nicko cruises Schiffsreisen GmbH.

12x in Tirol
www.tui.at/tirol

NICKO CRUISES

TUI Das Reisebüro

Brenner-Zulaufstrecke: Liste Fritz kritisiert Bayern und Verkehrslandesrat

Die Diskussion um die Brenner-Zulaufstrecke sorgt erneut für politischen Zündstoff. Die Liste Fritz warnt vor massiven Verzögerungen bei der Verkehrsverlagerung auf die Schiene, sollte Bayern weiterhin gegen die geplante Zulaufstrecke opponieren. Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider fordert entschlossenes Handeln von Tirols SPÖ-Verkehrslandesrat Rene Zumtobel.



Foto: Nicolò Degiorgis

„Die Ablehnung der Brenner-Zulaufstrecke durch Bayern ist ein schwerer Rückschlag für Tirol. Die verkehrsgeplagte Bevölkerung wird noch viele Jahre auf Entlastung warten müssen, wenn sich an dieser Blockade nichts ändert“, so Haselwanter-Schneider. Sie sieht Verkehrslandesrat Zumtobel in der Pflicht, endlich konkrete Maßnahmen zu setzen, anstatt nur darüber zu sprechen.

Kritik an Zumtobel: „Politischer Traumtänzer“

Schwere Vorwürfe erhebt die Liste Fritz gegen Verkehrslandesrat Zumtobel. „Er setzt auf ein Bekenntnis der deutschen Bundesregierung zur Zulaufstrecke, doch das ist äußerst fraglich. Schon Altlandeshauptmann Günther Platter konnte Bayern nicht umstimmen – warum sollte es nun anders sein?“, kritisiert Haselwanter-Schneider.

Sie fordert klare Antworten: „Wofür investieren wir Milliarden in den Brenner-Basis-Tunnel, wenn die Zulaufstrecke nicht gebaut wird? Wo bleiben Verlagerungsgarantien und Anreize für den Güterverkehr auf der Schiene?“ Fragen, auf die der Verkehrslandesrat bisher keine Antworten gegeben habe.

Aufruf zu engerer Zusammenarbeit mit Wien

Um Fortschritte zu erzielen, müsse Zumtobel umgehend enger mit Wien kooperieren. „Mit Peter Hanke steht ein SPÖ-Genosse an der Spitze des Verkehrsministeriums. Das muss sich auch in Tirol bemerkbar machen“, fordert die Parteichefin der Liste Fritz.

Guter Geschmack gefragt

Kürzlich absolvierten 14 Schülerinnen der LLA Lienz die letzte Prüfung zur Jungsommelière.

LIENZ. Seit dem Schuljahr 2023/24 wird am der Landwirtschaftlichen Lehranstalt Lienz in der Fachrichtung Ländliches Betriebs- und Haushaltsmanagement im Schwerpunkt Ernährung, Tourismus, Landwirtschaft auch die Ausbildung zur Jungsommelière bzw. zum Jungsommelier Österreich angeboten.

Ziel ist es, das Interesse der Schülerinnen und Schüler für das Berufsfeld des Sommeliers/der Sommelière zu fördern, um später in diesem Bereich erfolgreich zu arbeiten. Auch das Verständnis für den Wein als Teil der öster-



Vor kurzem absolvierten 14 LLA-Schülerinnen mit der dritten und letzten Teilprüfung die Zusatzqualifikation zur Jungsommelière.

Foto: LLA Lienz

reichischen Kultur soll erlebt werden.

Dreiteilige Prüfung

Die Zertifikatsprüfung gliedert sich in drei Teile: einem schriftlichen, einem sensorischen und einem praktischen Abschnitt. Die schriftliche

Prüfung wurde über die Onlineplattform LMS, mit zentraler Aufgabenstellung des Ministeriums, durchgeführt. In einer anschließenden sensorischen Prüfung bewiesen die Schülerinnen eine feine Nase und einen sensiblen Gaumen.

Dabei galt es fünf Weine im Zuge einer Blindverkostung zu analysieren und zu bewerten. Von besonderer Professionalität zeugten die selbst gestalteten Weinkarten, die Grundlage für den praktischen Prüfungsteil sind.

Im praktischen Teil stellten die KandidatInnen eine Weinbegleitung zu einem viergängigen Menü aus ihrer selbstgefertigten Weinkarte zusammen, öffneten eine Weinflasche fachgerecht, führten das Weinservice durch und beantworteten die Fragen der Prüfungskommission.

Die Ausbildung zur Jungsommelière/zum Jungsommelier wird seitens der Wirtschaft anerkannt und stellt damit ein gelungenes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule dar.

Rettung aus alpiner Notlage in Osttirol

OSTTIROL. Am 27.02.2025 mittags machte sich ein 53-jähriger Niederländer auf zu einer Schneeschuhwanderung auf einen Steig im Bereich der Venediger-Gruppe in Osttirol.

Notruf abgesetzt

Aufgrund von starkem Schneefall, schlechter Sicht und Erschöpfung setzte der 53-Jährige den Notruf an seine Frau ab, welche daraufhin umgehend die Leitstelle Tirol alarmierte. Die Bergrettung Prägraten begab sich mittels Seilbahn und Skiern zu dem unverletzten, jedoch völlig erschöpften Niederländer auf. Aufgrund der widrigen Witterungsbedingungen wurde der 53-Jährige zu einer Hütte gebracht und dort versorgt. Am 28.02.2025 wurde er mit der Seilbahn ins Tal zurückgebracht.

„Wir möchten klare Verhältnisse“

„Umkleidezeit ist Arbeitszeit“: Die Liste Fritz Tirol fordert Gerechtigkeit

LIENZ. Letzten Freitag lud die Liste Fritz zu einer Pressekonferenz in Lienz ein, wo der neue Bezirkssprecher für Osttirol vorgestellt sowie die Thematik „Umkleidezeit ist Arbeitszeit“ im Pflegebereich kritisch betrachtet wurde.

Bezirkssprecher-Wechsel

Günter Hatz muss seine Stelle als Bezirkssprecher aus gesundheitlichen Gründen verlassen, an seine Stelle folgt nun Anton Raggl nach. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe“, sagt Raggl. Im VP-dominierten Osttirol brauche es laut ihm eine wählbare und glaubwürdige Alternative. „Wir setzen uns für die OsttirolerInnen ein und zeigen Ungerechtigkeiten auf“.

„Lösung für alle“ gefordert

Anschließend führte Haselwanter-Schneider zur Thematik „Umkleidezeit ist Arbeitszeit“ über und betonte: „Wir möchten endlich klare Verhältnisse“. Im BKH Li-



Andrea Haselwanter-Schneider und Anton Raggl.

Foto: Liste Fritz Tirol

net werden. Das ist nicht fair und so auch nicht hinzunehmen“, so die Parteichefin. Sie fordert die Verantwortlichen im Bezirksspital auf, eine gesetzeskonforme Lösung durchzusetzen. „Zehn Minuten mehr Mittagspause nützt all jenen nichts, die aufgrund ihrer Dienstenteilung gar keine Mittagspause haben.“

Zwei ideale Vorzeigebispiele

Die Liste Fritz legt Lösungsvorschläge auf den Tisch. „Eine Möglichkeit wäre, es so zu machen wie die Tiroler Kliniken, diese rechnen die Umkleidezeit als Arbeitszeit.“ Es gebe auch eine zweite Lösungsvariante, es nämlich so zu machen wie Kärnten. „Dort geht man mit gutem Beispiel voran, weil es eine gesetzliche Regelung und Betriebsvereinbarung gibt.“ Das BKH Lienz sieht die Parteichefin säumig: Das OGH-Urteil, wonach Umkleidezeiten Arbeitszeiten sind, stammt aus dem Jahr 2018.

ONLINE TOP
INFORMIERT!

MeinBezirk



Günther Reichel
Redaktionsleiter
guenther.reichel@
meinbezirk.at

Fernpass: 600 Mio.

Das Land Tirol legte neue Zahlen für das Fernpass-Paket vor. Die Gesamtkosten sind nun höher bemessen.

AUSSERFERN/OBERLAND. Mit März hat die neu gegründete Fernpassstraße GmbH ihre Arbeit aufgenommen. Zugleich werden immer mehr Details bekannt, etwa bei den Kosten.

Finanzierung über die Maut
Während das Investitionsvolumen ursprünglich mit 500 Millionen Euro veranschlagt war, liegt das Finanzierungsvolumen nun bei rund 600 Millionen Euro. Diese Differenz erklärt das Land Tirol mit zusätzlichen Aufwendungen für den laufenden Betrieb und mit notwendigen Finanzreserven. Die erforderlichen Mittel werden nicht aus dem Landesbudget finanziert, sondern durch Darle-

hen. Diese tilgt man in der Folge über die geplanten Mauteinnahmen. Außerdem wurde bekannt, dass sich der Zeitplan für die Projektumsetzung nach hinten verschiebt.

Kritik der Projekt-Gegner
Tirols Opposition reagiert empört: Die Grünen mit Klubobmann Gebi Mair an der Spitze sprechen von einer „Kostenexplosion“ und einem „Debakel“ für die schwarz-rote Landesregierung. Die Grünen-Bezirkssprecherinnen Dorothea Schumacher (Imst) und Margit Dablander (Reutte) berichten von starker Ablehnung in der Bevölkerung. Die FPÖ sieht das Projekt wiederum als „unwirtschaftlich“ und vermutet, dass weitere finanzielle Belastungen folgen. Die Liste Fritz fordert ihrerseits mehr Mitbestimmung für die Bevölkerung. Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider kritisiert,



Die Tunnelpläne entlang der B179 bleiben umstritten. Archiv/Reichel

dass sich die Landesregierung einer Volksbefragung verweigert und keine überzeugende Nutzenkommunikation betrieben hat. Fritz Gurgiser vom Transitforum Austria erklärt, man werde die Teuerung noch präzise analysieren und später Stellung beziehen.

Regierung verteidigt das Projekt
LHStv. Josef Geisler (ÖVP) betont den Sicherheits- und Entlastungsaspekt des Fernpass-Pakets. Das 7,5-Tonnen-Fahrverbot sei nicht in

KOMMENTAR

Die Fördermittel werden gut genutzt

Die Aufgaben- und Wunschlisten an die öffentliche Hand sind lang geworden. Einen echten „Gestaltungsspielraum“ gibt es allerdings kaum mehr. Umso wichtiger sind die diversen Förderpakete, die es gibt. Egal, ob von Land, Bund oder der EU - ohne öffentliche Zuwendungen wäre vieles nicht möglich. Gemeinden, Planungsverbände, Vereine usw. wissen diese Unterstützungen zu schätzen und sie wissen, wie man sie „abholt“. Wichtige Unterstützung kommt von der Regionalentwicklung Außerfern, deren Mitarbeiter:innen sich als echte Förderprofis etabliert haben. Nutznießer von den Förderpaketen sind wir alle. Und das gut, wichtig und richtig so.

UMFRAGE DER WOCHE

„Was brauchen Sie, um richtig glücklich zu sein?“

von Maria Lutz



„Eine gesunde Beziehung zu mir selbst, zu Menschen, zur Natur und das Gefühl innerlich zu wachsen!“

ALEXANDRA DEJACO, REUTTE



„Einen schönen Ausflug in die herrliche Natur!“

CLAUDIA POBERSCHNIGG, REUTTE



„Nur Gesundheit, ansonsten bin ich zufrieden!“

ANTONIO PANE, REUTTE



„Meine Frau! Was wäre es ohne Familie, Kinder und Enkelkinder!“

FRANZ KÖCK, REUTTE



„Dass man etwas unternehmen kann, Gesundheit und Familie!“

MARGIT RALSER, LECHASCHAU



„Man muss mich nicht glücklich machen, ich bin es schon! Man ist selbst dafür verantwortlich!“

KARLHEINZ KOCH, PFLACH

Ski & Concert

STEFFISALP
WARTH | ARLBERG

Eintritt frei
Beginn: 15 Uhr
Open-Air Bühne
Steffisalp

08.03.25 - nevermind

22.03.25 - Andi Gabauer Trio

05.04.25 - Achtung Babies

12.04.25 - Falke & Eule

**WK-WAHL
12. BIS 13.
MÄRZ 2025**

Wirtschaft mit Weitblick.

Michael Kirchmair
Landespräsident SWV Tirol

Wirtschaftsverband Tirol

Mach dein Kreuz bei Liste 2!

Alle Infos zur Wahl:

STIMMZETTEL

Listennummer	Bezeichnung der Wählergruppe	Für die gestrichelte Wahlergruppe im Kreis ein Kreuz setzen
Liste 1		<input type="radio"/>
Liste 2	SWV - Wirtschaftsverband Tirol, Team Michael Kirchmair	<input checked="" type="radio"/>
Liste 3		<input type="radio"/>

für's Gesamtpaket

Gefahr, und ohne den Fernpass-tunnel sei die sichere Verfügbarkeit der Straße langfristig nicht gewährleistet.

Maut als Finanzierungsquelle

Das Projekt wird ausschließlich über Mauteinnahmen finanziert. Die Einnahmen sollen gezielt in die Infrastruktur entlang der B 179 fließen. Geisler stellt klar: „Die Maut ermöglicht erst die Erhaltung der Straße als zentrale Verkehrsader für das Außerfern.“

Projekt bleibt umstritten

Auch nach den jüngsten Wortmeldungen rund um das Fernpass-Paket ist wohl nur eines unbestritten, nämlich dass das Projekt als Ganzes äußerst umstritten bleibt. Während die Regierung auf die Notwendigkeit der Maßnahmen verweist, werfen Kritiker der Landesregierung mangelnde Transparenz, steigende Kosten und fehlende Bürgerbeteiligung vor. (rei)



Ein Foto vom vergangenen Wochenende, aufgenommen von der Web-Cam des Landes Tirol vor dem Lermooser Tunnel. Land Tirol/Webcam

BESSER INFORMIERT

i Weitere Berichte rund um das Fernpass-Paket finden Sie auf unserer Themenseite. Bitte den QR-Code scannen



Fünf Verletzte bei Unfall auf der B179

BIBERWIER. Am Donnerstag am frühen Nachmittag kam es auf der Fernpassstraße in Biberwier zu einem schweren Verkehrsunfall. Zwei Fahrzeuge waren kollidiert, mehrere Personen wurden verletzt.

Der Unfall ereignete sich um circa 13:40 Uhr. Ein 51-jähriger Autofahrer wich nach eigenen Angaben einem auf der Fahrbahn liegenden Fahrzeugteil aus und geriet so auf die Gegenfahrbahn.

Hier kollidierte er frontal mit dem Pkw eines 22-jährigen Autofahrers. Beide Fahrer sowie drei weitere Insassen wurden unbestimmten Grades verletzt und in die Krankenhäuser Reutte und Garmisch-Partenkirchen gebracht.

An den Fahrzeugen entstand Totalschaden. Rettungskräfte, ein Notarztthubschrauber, die Feuerwehr Biberwier und die Polizei waren im Einsatz.

Bachinger

Generationsfirma für Altbausanierungen

UNSERE LEISTUNGEN

- Dachreinigung und Spezialbeschichtung
- Natursteinreinigung und Versiegelung
- Holzanstriche
- Trockenbau
- Mauertrockenlegung
- Fassadenreinigung
- Natursteinverlegung
- Sockel- und Verputzarbeiten
- Alle Ausbesserungsarbeiten
- Alle Farben mit Lotuseffekt

Vollhandwerk wird von qualifizierten Unternehmenspartnern ausgeführt.



- ✓ EU-weit tätig
- ✓ kostenlose Beratung und Angebot vor Ort

Tel.: +43 660 260 81 27, +49 175 416 23 15
Christoph-von-Schmid-Straße 7 - 89335 Ichenhausen
regina.bachinger@gmx.de - www.firma-bachinger.de



VORHER



NACHHER

STEINTEPPICH IST...

- ... rutschfest
- ... robust & langlebig
- ... pflegeleicht
- ... temperaturbeständig
- ... fleckenfrei
- ... farbresistent
- ... hygienisch & anti-allergen



**MÖBEL
AUKTION**



% % % % % % % % % %






09.03.2025 & 23.03.2025

Mehr Infos:



Ergattert Euer neues Lieblingsmöbelstück zum **Schnäppchenpreis** bei unserer großen Möbelauktion!



Haselwanter-Schneider und Raggl
SCHMIDT

LIENZ

Wechsel an der Spitze der Liste Fritz

Anton Raggl folgt Günther Hatz als Bezirkssprecher nach.

Bei der Liste Fritz in Osttirol gab es einen Wechsel an der Spitze. Anton Raggl aus Lienz folgt Günther Hatz (Debant) als Bezirkssprecher nach. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe“, sagt er. „Im von der Volkspartei dominierten Osttirol braucht es eine glaubwürdige Alternative“, sagten Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider und Raggl im Einklang: „Wir setzen uns für die Osttiroler ein und zeigen Ungerechtigkeiten auf.“

Bei den Gemeinderatswahlen 2022 war Raggl noch für die Liste „Freiheitlich und unabhängig für Lienz - FPÖ“ angetreten. Raggl: „Ich habe mich immer zu den unabhängigen Kandidaten gezählt und möchte mit einer gradlinigen Politik überzeugen.“ Generell sieht Raggl die Liste Fritz als Kontrollpartei: „Besonders wichtig sind mir Aufklärung sowie Transparenz.“ Haselwanter-Schneider dankte Hatz, der sich aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen muss, für seinen Einsatz. Er würde der Partei auch weiterhin „im Hintergrund tatkräftig“ zur Verfügung stehen.

Thema Windkraft nimmt in Osttirol neue Fahrt auf

Ein Energieversorger aus Niederösterreich prüft aktuell mögliche Standorte in Osttirol, sechs Gemeinden im Oberland zeigen Interesse. Ob es zu einem Bau kommt, steht aber in den Sternen.

Von André Schmidt

Alle paar Monate wieder dreht sie sich buchstäblich wieder in Osttirol: die Diskussion um Windräder. Zuletzt erreichten die Kleine Zeitung Berichte über Vorort-Begehungen von Firmen speziell aus dem ostösterreichischen Raum. Auf Nachfrage bei der Energieversorgung Niederösterreich (EVN) bestätigte deren Sprecher Stefan Zach dies, sagte aber auch: „Wir befinden uns in Osttirol noch ganz am Anfang.“

Weiter erklärte Zach, dass der EVN-Konzern in Ostösterreich in den letzten Jahren über 170 Windräder errichtet hat und zu den drei größten Windstromerzeugern in Österreich gehört: „Wir wollen unser Know-how, das wir über die Jahre hinweg gesammelt haben, nun in anderen Regionen Österreichs anbieten.“ Dazu wurden in den vergangenen Wochen und Monaten potenziell infrage kommende Flächen ausgemacht und Gespräche mit den jeweiligen

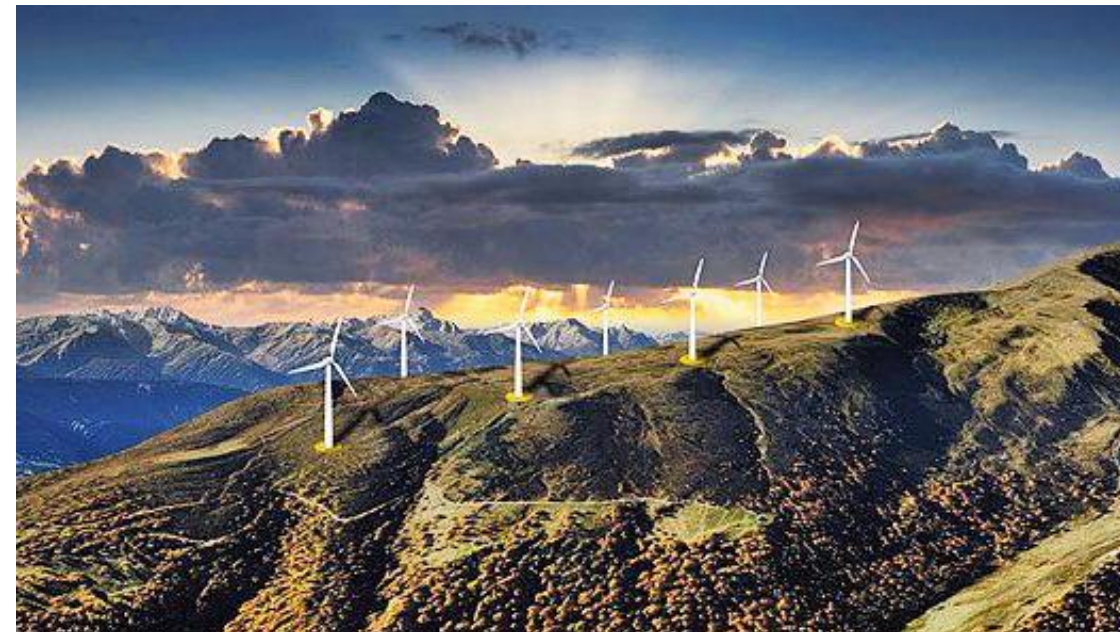
Gemeinden gesucht. In Frage kämen aktuell sechs Gemeinden im Osttiroler Oberland.

„Das Projektgebiet umfasst die Gemeinden Abfaltersbach, Anras, Heinfels, Kartitsch, Strassen und Obertilliach. Mit den meisten Bürgermeistern haben wir bereits Gespräche geführt, und die stehen dem grundsätzlich positiv gegenüber. Dabei geht es zunächst aber nur um Prüfungen, ob überhaupt etwas in Sachen Wind möglich ist“, so Zach, der zudem bekräftigte, dass man stets behutsam vorgehen würde: „Wenn Gemeinden kein Interesse bekunden, stoppen wir die Gespräche.“

Wenn Interesse da ist, schaut sich die EVN das Gebiet näher an, erstellt Karten, überprüft besondere Schutzgüter, Mindestabstände zu Siedlungen und vieles mehr. Voraussetzung sei dazu, dass die Gemeinde ermöglicht, mit den Grundbesitzern zu sprechen. Zach: „Wir wollen keinen vor den Kopf stoßen und gehen nicht über Felder und Wie-

sen, ohne die Zustimmung der Grundeigentümer zu haben. Vor Ort sind die Dinge dann oft komplexer und es gilt, die Interessenlagen auszuloten. Die Gemeinden wissen in der Regel aber sehr gut, wo es eine Akzeptanz geben könnte und wo nicht.“ Wichtig ist Zach zudem, dass eine Region, die es der EVN ermöglicht, Windräder zu installieren, davon finanziell profitiert und zwar „die Gemeinden, die Bürger, aber auch die Grundeigentümer. Es muss für alle passen.“

Um ein anderes Windkraftprojekt in Osttirol ist es aktuell ruhiger geworden. Vor rund einhalb Jahren teilte das Elektrowerk Assling (EWA) zusammen mit der Firma Ecowind mit, dass man einen Windpark mit sieben Windrädern auf der Compedal-Hochalm mit einer Jahresproduktion von 65.000.000 kWh Strom errichten will. In Folge formierte sich deutlicher Widerstand in der Bevölkerung, die schließlich in der Bürgerinitiative „Für eine Compedal ohne



Könnte so ein Windpark auf der Compedal aussehen?

KK/2024 GOOGLE EARTH, VISUALISIERUNG THE LOUNGE



In Assling macht eine Bürgerinitiative gegen Pläne mobil, einen Windpark auf der Compedal zu errichten. Fünfter von links: Robert Lukasser-Weitlaner

KK/WWW.NATURPARADIES-COMPEDALAT, KK/EVN/DANIELA MATEJSCHKE

Windräder“ sowie Proteste seitens der Alpenvereinssektionen Osttirols mündete: „Die alpine Landschaft ist für Tirol ein hohes Gut und damit schützenswert“, so der Sprecher der Initiative Robert Lukasser-Weitlaner.

In einem Interview mit dem ORF bestätigte EWA-Obmann Markus Stocker die Verzögerungen in Verhandlungen mit den Grundbesitzern. Man sei aber

trotzdem guter Dinge, im Jahr 2026 Windmessungen durchführen zu können.

Bis sich in Osttirol ein erstes Windrad dreht, dürfte aber selbst dann noch viel Zeit vergehen, wenn sich Gemeinde, Grundeigentümer und Betreiber einig werden würden. Der stellvertretende Landesumweltanwalt von Tirol, Walter Tschon,



„Wir wollen keinen vor den Kopf stoßen und gehen nicht über Felder und Wiesen, ohne die Zustimmung der Grundeigentümer zu haben.“

Stefan Zach



sieht auf eine Anfrage der Austria Presse Agentur (APA) ohnehin nur wenig Chancen: „Ich glaube, es wird in Tirol vielleicht eine Einzelanlage kommen. Aber sicher kein Windpark mit sechs oder sieben Anlagen.“ Gut 30 Standorte waren laut Tschon im Voraus in der dafür zuständigen Anlaufstelle des Landes zur Abklärung eingebracht worden, realistische Chancen seien aus verfahrensrechtlicher und wirtschaftlicher Sicht nur „einer Handvoll“ eingeräumt worden.

Tschon bestätigte jedoch weitere, unabhängige Projektbestrebungen wie eben die der EVN Osttirol. Doch auch deren Sprecher Zach unterstreicht, dass es von der Projektidee bis zum stehenden Windrad ein langer Weg sei: „Die Gemeinde kann nur sagen, für sie würde es passen. Im Regelfall ist dann ein

Umweltverträglichkeitsprüfung-Verfahren (UVP) nach strengsten europäischen Vorgaben nötig. Das gewährleistet, dass alle Interessen in der Region bestmöglich berücksichtigt werden. Also auch die des Naturschutzes, der Ornithologie, des Tourismus oder des Landschaftsschutzes.“

Eine Studie aus dem Jahr 2023 attestierte der Windkraft in Tirol zur Deckung des Energiebedarfs mit 4,9 Prozent ein eher geringes Potenzial. Dies würde 800 bis 1200 Gigawattstunden an Energie bedeuten. „Erste Ergebnisse zeigen, dass man bei weitem nicht zu diesen fünf Prozent kommt“, nannte Tschon etwa Vogelschlag als möglichen Ausschlussgrund und dass Tirol „nie eine gewichtige Rolle in der Windkraft einnehmen“ würde.

LIENZ

138 Kinder wurden von „Paw Patrol“ überrascht

Am Donnerstag erlebten die Kinder im Kindergarten Eichholz in Lienz einen besonderen Vormittag, der mit einer fröhlichen Tanzparty begann. Es folgte eine Überraschung. Lebensgroße Figuren der Kin-

der-Serie „Paw Patrol“ statteten den Kindern einen Besuch ab. „Unser Ziel war es, den Kindern etwas Einzigartiges zu bieten und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Lieblingsfiguren hautnah zu erle-

ben“, erklärt Kindergarten-Team. Die Paw-Patrol-Helden begleiteten die Tanzparty und luden die Kinder ein, mit ihnen zu tanzen und zu spielen. Ermöglicht wurde dieser Besuch vom Tramonto-Café.

REGIONALREDAKTION OSTTIROL



Martina Pirkner



Mersiha Kasupovic



Christoph Blassnig



Laura Quedritsch



Katharina Pollan



Leonie Katholnig



André Schmidt

Johannesplatz 2, 9900 Lienz,
Tel.(0 48 52) 651 17-0; Fax.(0 48 52) 651 71;
E-Mail: osttirol@kleinezeitung.at
Sekretariat: Maria Schwaiger,
Mo.-Do. 8-13.30 Uhr
Multimedialer Werbeberater:
Manuel Ressi (0699) 1 509 1882, Martin
Schaller-Fercher (0699) 1 58 00 158,
Abo-Service: (0463) 58 00 100

Von André Schmidt

Mit einer in Österreich angeblich einzigartigen Integration von Hotel, Wissenschaft und Digitalisierung eröffnete im Herbst 2021 in St. Jakob das Vier-Sterne-Hotel Fokus N'Cyan (ausgesprochen „Enzian“) samt angegliedertem Forschungs- und Kommunikationszentrum. Als „Reallabor für progressive, nachhaltige Regionen“ pries der betreibende Verein „N'Cyan Innovation für Menschen“ das Hotel im Defereggental an. Rund drei Jahre später war Schluss mit dem „Ort zwischen Utopie und Ursprung“, im November 2024 wurde ein Konkursverfahren am Landesgericht Innsbruck eröffnet. Die Schulden des Vereins, der vom Vorstandsvorsitzenden Walter Troger aus St. Jakob geleitet wird, belaufen sich laut Kredit-schutzverband KSV1870 auf 3,6 Millionen Euro.

Jetzt werden Fragen nach den Förderungen seitens des Landes Tirol laut, die üppig in Richtung N'Cyan flossen. So wurde der Verein im Rahmen der Förderung „Leuchtturmprojekte im Bereich Digitalisierung“ mit 200.000 Euro bedacht, um das Forschungs- und Kommunikationszentrum zu errichten. Laut der Liste Fritz, die in dieser Causa zu einem Pressegespräch lud, kamen weitere 200.000 Euro aus dem „Sonderförderprogramm Natura 2000 Region Isel“ dazu, die der Sanierung und Erweiterung des angrenzenden, ehemaligen Gasthof Unterrain mit anschließender Vier-Sterne-Klassifizierung dienen. Geflossen sind die Förderungen laut des Landes Tirol bis Juli 2022. Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint kritisiert ebenso wie bei der Insolvenz von „Villgraten Bergfleisch“ den Umgang mit den Fördergeldern: „Wo öffentliche Gelder drinstecken, muss Kontrolle draufstehen.“ Das Land verweist hingegen auf das korrekt durchgeführte Verfahren. „Zum Zeitpunkt der Ent-



N'Cyan-Vorstand bei der Eröffnung im Herbst 2021: Egon Kleinlercher, Hubert Jesacher, Walter Troger, Hannes Raffaseder

Links: Das Vier-Sterne-Hotel sowie Forschungs- und Kommunikationszentrum Fokus N'Cyan ist seit Herbst 2024 insolvent. Rechts: Markus Sint



Nach N'Cyan-Pleite: Landesförderungen in der Kritik

Im Herbst musste der betreibende Verein des Hotels sowie Forschungs- und Kommunikationszentrums Fokus N'Cyan Konkurs anmelden. Jetzt werfen Förderungen über 400.000 Euro sowie der Kaufvertrag viele Fragen auf.

scheidung lagen dem Land Tirol beziehungsweise den zuständigen Abteilungen die vorzulegenden Unterlagen vor. Die Prüfung des Antrages sowie der zur Verfügung gestellten Unterlagen hat ergeben, dass sämtliche Voraussetzungen der Förderungsrichtlinien erfüllt waren und daher die Anträge positiv entschieden wurden“, so die Antwort auf eine Anfrage der Kleinen Zeitung an Landesrat Mario Gerber (ÖVP). Das Land Tirol verweist zudem

darauf, dass der Verein die Förderungen zurückzahlen müsse: „Wenn ein Unternehmen, ein Betrieb oder eine Betriebsstätte vor Abschluss des Fördervorhabens oder während des Verpflichtungszeitraumes dauerhaft eingestellt beziehungsweise veräußert wird oder die geförderten Investitionen Dritten überlassen werden, ist das Land Tirol verpflichtet, die Förderung zurückzufordern.“ Da die gegenständliche Insolvenz innerhalb des fördervertraglichen Ver-

pflichtungszeitraums von drei Jahren erfolgte, sei dies der Fall. Dass N'Cyan dazu in der Lage ist, glaubt Sint wiederum nicht: „Ich bezweifle, dass wir die 400.000 Euro wiedersehen werden. Zumindest nicht in voller Höhe.“

Dazu das Land Tirol: „Zur Rückzahlungsfähigkeit des Vereins N'Cyan kann seitens des Landes keine konkrete Einschätzung erfolgen.“ Schon der Kauf, der mit 3,5 Millionen Euro Pfandrecht im Grundbuch eingetragen

nen Liegenschaft, kam unter ungewöhnlichen Umständen zustande. Laut Kaufvertrag wurden die einstigen Eigentümerinnen Elisabeth und Helga Ladstätter nicht mit einem fixen Betrag bezahlt, stattdessen ein lebenslanges, unentgeltliches Wohnrecht im ersten Obergeschoss des Hauses ein. Das Obergeschoss wurde zu einem Maximalbetrag von 40.000 Euro saniert und umgebaut.

Schlussendlich muss laut Kaufvertrag den beiden betagten Damen (Jahrgang 1939 und 1945) ein monatlicher Betrag von je 2000 Euro ausbezahlt werden, befristet auf 20 Jahre beziehungsweise bis zum Ableben. Stirbt eine der beiden innerhalb dieser 20 Jahre, geht der Betrag wertgesichert zur zweiten Verkäuferin bis zu deren Ableben über.

Für Sint waren die monatlichen Belastungen für N'Cyan von Beginn an zu hoch: „4000 Euro zusätzlich musst du mit einem Hotel erst einmal reinwirtschaften.“ Das Land Tirol ver-

weist erneut auf die Richtlinien statt auf Interpretationen: „Grundsätzlich gilt zu betonen, dass es klare Vorgaben gibt. Die Aufgabe der zuständigen Förderstelle ist, zu prüfen, ob ein Antrag zum Zeitpunkt der Einbringung den Fördervoraussetzungen entspricht.“

Inzwischen kursiert die Aussage des Masseverwalters, dass es für das Vier-Sterne-Hotel einen potenziellen Käufer, Betreiber mehrerer Hotels, gäbe. Auf Nachfrage der Kleinen Zeitung bestätigt Klaus Schaller vom KSV1870: „Es gibt Interessenten, das wissen wir. Näheres können wir aber nicht sagen.“

Generell weist Schaller darauf hin, dass es in der aktuellen Situation schwierig sei, Käufer für einen Hotelkomplex zu finden, auch wenn es sich um ein „tolles Objekt in toller Lage“ handeln würde. Und: Bei einem Kauf gehen die an die Liegenschaft gebundenen Eintragungen an den neuen Eigentümer über. Also auch die beiden älteren Damen (respektive deren Wohnrecht) im ersten Obergeschoss.

SILLIAN

Bei 10.000 Fahrzeugen versagte Ampelsystem

Pilotprojekt, per Ampelregelung Ortskern von Sillian zu entlasten, stößt an Grenzen.

Eine durchschnittliche Tagesdosis von 5000 bis 6000 Fahrzeugen zählt man normalerweise in Sillian. Im Winter sind es bis zu 7000 Fahrzeuge, die sich durch den engen Ortskern zwängen. Einen neuen Rekord gab es am 8. Februar: Die Landesstraßenverwaltung zählte mehr als 10.000 Fahrzeuge. Vor allem der Urlauberschichtwechsel in Südtirol führt an den Samstagen in Sillian zum Kollaps. Eigentlich sollten Dosierampeln den Verkehrsfluss verbessern und die ansässige Bevölkerung entlasten. Weil die Straße bei Ampelbetrieb abwechselnd immer nur in einer Richtung befahren werden kann, bildet sich kilometerlanger



10.000 Fahrzeuge brachten Verkehr zum Erliegen

Stau. Das Verkehrschaos vom 8. Februar führt nun dazu, dass die Ampelanlage vorerst nicht mehr in Betrieb geht. Dadurch soll untersucht werden, ob und wie das System den Verkehrsfluss beziehungsweise die Überlastung beeinflusst hat. „Die Ergebnisse werden von einem unabhängigen Verkehrsplanungsbüro mit den Daten vom vergangenen Wochenende sowie der vergangenen Wochen und Jahre verglichen“, teilt das Land mit. Auf dieser Grundlage wollen die Landesstraßenverwaltung, die Gemeinde Sillian und das Planungsbüro über das weitere Vorgehen entscheiden. „Die

Verkehrsströme entlang der B 100 an verkehrintensiven Samstagen sind komplex. Wir nehmen die Rückmeldungen und Kritiken aus der Bevölkerung sehr ernst. Für die Gesamtbetrachtung ist es für uns essentiell, nicht nur die Erfahrungen eines Tages oder eines Wochenendes, sondern über einen längeren Zeitraum zu berücksichtigen. Deshalb brauchen wir belastbare Daten für fundierte Entscheidungen“, sagt Johannes Nemmert, Leiter des Baubezirksamtes in Lienz.

Mögliche Anpassungen auf Basis der Fakten wären geänderte Ampelschaltungen oder eine Deaktivierung ab einer bestimmten Verkehrsmenge. Nemmert: „Genau für solche Erkenntnisse wurde das Pilot-

projekt gestartet.“ Bürgermeister Franz Schneider: „Das Projekt soll sicherstellen, dass wir in Sillian auch an stark frequentierten Tagen die Straße queren und einfahren können – das hat auch vergangenen Samstag funktioniert.“ Er bittet um Verständnis und Geduld: „Alle beteiligten Akteure sind bemüht, Lösungen zu entwickeln.“ Die Pilotphase dauert bis Sommer 2025 an. Nach Abschluss soll auf Basis aller erhobenen Daten entschieden werden, ob und in welcher Form die Dosierampeln in Sillian dauerhaft installiert werden könnten.

Christoph Blassnig

MATREI

450 Fußballspieler kämpften im Tauerncenter um den Titel

Über 1000 Zuschauer verfolgten das große Hallenfußballturnier im Matreier Tauerncenter.

Ende Februar rollte im Matreier Tauerncenter wieder der Ball: 48 Nachwuchsmannschaften mit 450 Spielern aus Salzburg, Nordtirol, Kärnten und Osttirol zeigten ihr Können beim Hallenfußballturnier. Mehr als 1000 Zuschauer sorgten an beiden Turniertagen für eine großartige Atmosphäre und feuerten die jungen Talente in über 150 mitreißenden Partien an. Gespielt wurde in sechs Altersklassen von der U8 bis zur U15.

Besonders dramatisch verliefen die Finals der U12 und U13: In beiden Altersgruppen fiel die Entscheidung erst im Sechsmeterschießen. Die U12-Mannschaft aus Mittersill setzte sich gegen Lienz durch, während Tristach in der U13 ge-

gen Matrei den Turniersieg holte.

Große Freude herrschte auch bei der U10-Heimmannschaft aus Matrei, die sich mit einer starken Leistung den Titel in ihrer Altersklasse sicherte. In den U8- und U9-Bewerben waren die Teams aus Niedersill nicht zu schlagen. Sie setzten sich souverän gegen ihre Konkurrenten durch. Ebenfalls erfolgreich war die U15-Mannschaft aus Ainet, die sich mit großem Einsatz und Teamgeist den Pokal sicherte.

Für einen reibungslosen Ablauf sorgten über 50 freiwillige Helfer der Sportunion iDM Matrei, gemeinsam mit den teilnehmenden Mannschaften, Trainern und zahlreichen Sponsoren.



Die Turniersieger der U10 Union Matrei

KK/PRIVAT

„Umkleidezeit ist Arbeitszeit“: Die Liste Fritz prangerte das BKH wegen der Nicht-Umsetzung eines OGH-Urteils an. Der Verwaltungsratsvorsitzende des BKH kündigt jetzt eine neue Regelung an.

Von André Schmidt

Bei ihrer Pressekonferenz in Lienz stellte Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider nicht nur den neuen Bezirkssprecher Anton Raggl vor, sondern holte ein brisantes Thema wieder auf den Tisch: „Umkleidezeiten sind Arbeitszeiten. Das Bezirkskrankenhaus Lienz muss gesetzeskonform handeln.“ Hintergrund ist ein Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) aus dem Jahr 2018, wonach die notwendige Zeit zum Umziehen als Arbeitszeit anerkannt werden muss. Der Entscheid stützt sich darauf, dass das Tragen der Dienstkleidung aufgrund rechtlicher und hygienischer Gesichtspunkte außerhalb von Spitälern nicht zulässig ist. Die Wäsche muss vor Dienstantritt in der Krankenanstalt angezogen werden und vor Verlassen ausgezogen werden, darf auch nicht zu Hause gewaschen werden.

In Österreich wird das Urteil unterschiedlich umgesetzt. Während es in Kärnten eine einheitliche gesetzliche Regelung gibt, die den Beschäftigten die erforderliche Zeit als Arbeitszeit anrechnet, gleicht Tirol einem Fleckerlteppich. So haben die Tirol Kliniken eine Pauschale von 20 Stunden pro Jahr in Vollzeit (bei Teilzeitarbeit aliquot) mit

entsprechender Personalaufstockung eingeführt. In den Bezirkskrankenhäusern hingegen sind unterschiedliche Regelungen in Kraft.

So galt im BKH Lienz bisher ein Beschluss des Gemeindeverbandsausschusses, der eine bezahlte Verlängerung der gesetzlichen Mittagspause um zehn Minuten festlegte. Beschäftigte in Teilzeit oder im Nachdienst profitierten von dieser Regelung jedoch nicht. Stein des Anstoßes

Neue Arbeitszeitregelung am Bezirkskrankenhaus Lienz



Oben: Georg Kollnig.

Links: Das Lienzer Krankenhaus steht bezüglich seiner Arbeitszeitregelungen in der Kritik

MICHAEL EGGER, KK/PRIVAT

ungsratsvorsitzende: „Die Form der Abgeltung wie bei den Tirol Kliniken ist ebenfalls eine Pauschalisierung und somit nicht rechtens. Die Umkleidezeit muss mit dem Stempeln in der Arbeitszeit erfasst und entlohnt werden.“

Auf Anfrage bestätigt die Betriebsratsvorsitzende Manuela Schober zum einen die Unzufriedenheit mit der alten Regelung, zum anderen die Kritik an der neuen: „Ich möchte betonen, dass der Betriebsrat alles unternommen hat, um die neue Entscheidung abzuwenden.“

Wie Liste-Fritz-Obfrau Haselwanter-Schneider, wünscht sich Schober hingegen eine einheitliche Lösung für Tirol: „Ich bin ebenfalls der Meinung, dass bei solchen Entscheidungen wie dem OGH-Urteil nicht jedes Krankenhaus, also die Tirol Kliniken und die Bezirkskrankenhäuser, für sich eine Lösung suchen sollte. Der Gesetzgeber sollte in der Verantwortung stehen, für alle Bediensteten dieser Krankenhäuser in Tirol eine einheitliche Vorgehensweise zu finden, unabhängig davon, ob sie dem Land Tirol oder dem Gemeindeverband unterstehen. Von vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden diese Unterschiede als Ungerechtigkeit empfunden.“

für Haselwanter-Schneider: „Das ist nicht fair und so auch nicht hinzunehmen.“ Daher brachte die Liste Fritz am 31. Jänner einen Antrag ein.

Aber: Wie die Kleine Zeitung erfuhr, gab es in der Zwischenzeit eine Sitzung des Gemeindeverbandes mit dem Beschluss einer neuen Regelung. Der Dienst beginnt und endet nun für die Beschäftigten jeweils fünf Minuten früher und später. Diese zehn Minuten werden der Arbeitszeit aufgerechnet und

bezahlt, wie Georg Kollnig, Verwaltungsratsvorsitzender am BKH Lienz bestätigt: „Wir haben uns sehr wohl überlegt, wo wir anpassen müssen, damit zum Beispiel das Patientenaufkommen gleich bleiben kann.“

„Das OGH-Urteil besagt, dass die Umkleidezeiten einerseits arbeitszeitmäßig erfasst und andererseits bezahlt werden müssen. Das ist bei uns nun vollständig umgesetzt. Das ist eine sehr, sehr saubere Lösung“, sagt Kollnig. „Die aktuelle Zehn-Mi-

nuten-Pause ist eine Pauschalisierung, die so nicht zulässig ist“, gibt Kollnig zu, dass die alte Regelung nicht dem OGH-Urteil entsprach, wobei es „nur eine Handvoll Mitarbeiter gäbe, denen diese Lösung nicht so gut gefiel. Es herrscht im Haus sehr wenig bis gar kein Rumoren.“

Kollnig verhehlt dennoch nicht, dass der Betriebsrat auch mit der neuen Lösung ebenfalls „nicht glücklich sei“ und lieber dem Beispiel der Tirol Kliniken gefolgt wäre. Dazu der Verwal-

REGIONALREDAKTION OSTTIROL



Martina Pirker



Mersiha Kasupovic



Christoph Blassnig



Laura Quedritsch



Katharina Pollan



Leonie Katholnig



André Schmidt

Johannesplatz 2, 9900 Lienz,
Tel.(0 48 52) 651 17-0; Fax.(0 48 52) 651 71;
E-Mail: osttirol@kleinezeitung.at
Sekretariat: Maria Schwaiger,
Mo.-Do. 8-13.30 Uhr
Multimedialer Werbeberater:
Manuel Ressi (0699) 1 509 1882, Martin Schaller-Fercher (0699) 1 58 00 158,
Abo-Service: (0463) 58 00 100



Gezeigt wird der Film „Alma & Oskar“

FILM AG, ALAMODE FILM

NUSSDORF-DEBANT

Filmabend in Nußdorf-Debant

Als Partner von EU XXL Die Reihe, dem Wanderkino des 21. Jahrhunderts, bringt die Marktgemeinde Nußdorf-Debant wieder acht europäische Filme direkt vor die Haustür. Einmal im Monat

verwandelt sich der Kultursaal in ein Kino. Am 11. März wird das Drama „Alma & Oskar“, das die Beziehung zwischen Alma Mahler und Oskar Kokoschka erzählt, um 19.30 Uhr gezeigt. Eintritt: 4 Euro.

IN EIGENER SACHE

Faschingsdienstag

Das Regionalbüro der Kleinen Zeitung in Lienz ist heute am Faschingsdienstag lediglich von 9.30 bis 12.30 Uhr geöffnet. Ab Mittwoch sind wir wieder zu den gewohnten Öffnungszeiten für Sie da.

negative Schlagzeilen“



Sozialdumping, Drogenhandel, illegale Bewohner: In dieser Notschlafstelle in Innsbruck sollen sich einige nicht ganz lupenreine Dinge ereignet haben.

de, die in einem der reichsten Länder der Welt nicht hinzunehmen sind. In Einrichtungen des Landes muss Hygiene oberste Priorität haben!"

Der zuständige LHStv.

Philip Wohlgemuth will – wie auch der TSD-Chef – nichts von all den Vorwürfen wissen: Aber: „Fehler aus der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen!“

Markus Gassler

„Windkraft ja, aber nicht um jeden Preis“

Landesumweltanwaltschaft sieht nur wenige Projekte genehmigungsfähig

Die Landesumweltanwaltschaft vertritt in der aktuellen Diskussion um die Windkraft die Ansicht, „dass die Erzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wie Solarthermie, Fotovoltaik, Wärmepumpen, Biomasse/Biogas, Kraft-Wärme-Kopplung, Wasserkraft und selbstverständlich auch

aus Windkraft grundsätzlich in Tirol möglich sein muss“, betont Vize-LUA Walter Tschon. Er betont aber auch: „So wie das Burgenland nie ein Wasserkraftland sein wird, so kann auch in Tirol niemals die Energieerzeugung aus Windkraft eine wesentliche Rolle einnehmen!“

LHStv. Philip Wohlgemuth muss endlich in der TSD aufräumen und für eine ordentliche und saubere Führung im Haus sorgen.

Tirols FPÖ-Obmann Markus Abwerzger



Foto: Christof Birbaumer

Diese Zustände in der TSD sind untragbar, sowohl für die Klienten der Notschlafstelle als auch für die Mitarbeiter.

Birgit Obermüller, Klubobfrau der Neos im Landtag



Foto: Sabine Holoubek Photodesign

Dass eine Einrichtung des Landes nicht auf die Gesundheit der Mitarbeiter und der Klienten achtet, ist ein Skandal.

LA Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz)



Foto: Liste Fritz

In Abstimmung mit Experten aus allen möglichen Fachbereichen hat die Umweltschutzanwaltschaft ein detailliertes, 25-seitiges Positionspapier für Windkraftbetreiber und Planungsbüros erstellt. Hier sind auch zahlreiche Ausschlusskriterien formuliert. „Deshalb werden aus unserer Sicht nur wenige in Tirol derzeit anvisierte Projektideen die Genehmigungshürden schaffen und bei der Ausweisung von sogenannten Beschleunigungsgebieten infrage kommen.“ Zudem müssten nicht der Ausbau, sondern zuerst Energieeinsparpotenziale oberste Priorität haben. phil

**Gassler
Glasklar**



MARKUS GASSLER

TSD auflösen!

Die aktuellen Berichte bestätigen wieder einmal, was an dieser Stelle immer und immer wieder festgestellt wurde. Die TSD – und da meine ich nicht ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Tag für Tag einen harten, guten Job machen – ist und bleibt ein „Saustall“. Ihre Gründung im Jahre 2015 war ein großer Fehler. Bis zu diesem Zeitpunkt hat das Flüchtlingswesen nämlich gut funktioniert. Doch die damalige grüne Landesrätin hat gemeint, das Rad neu erfinden zu müssen. Mit Unterstützung der großformatigen Zeitung wurde der bis dahin zuständige Flüchtlingskoordinator Peter Logar madig geredet und die Flüchtlingskoordination in eine Gesellschaft, eben die TSD (Tiroler Soziale Dienste), ausgelagert. Bis dahin waren die Flüchtlingssagenden nämlich der Sozialabteilung unterstellt. „Kurze Wege, schnelle Entscheidungen – das System ist effizient, flexibel, kostengünstig“, hieß es 2006 in einem Rechnungshofbericht über Logars Arbeit.

Dass die Betreuung einst so gut funktionierte, war auch Logars Verdienst. Der frühere Bundesheer-Offizier hatte den Laden im Griff – was man von seinen Nachfolgern leider nicht behaupten kann. Doch sein klarer Führungsstil ist nicht bei allen gut angekommen. Vor allem einigen Grünen war er ein Dorn im Auge. Die Abteilung wurde aufgelöst, die TSD gegründet. Und wie die Geschichte zeigte, geht es seither bergab. Man darf gespannt sein, wann die Politik endlich den Mut aufbringt, die Reißleine zu ziehen und den Laden dicht macht.

**Treffpunkt:
Zukunft**

TRISTAN HORX

Tristan Horx ist
Autor und Zukunftsforscher.
tristan@horx.com**In der Falle der
Erwartungspolitik**

Die Krise der Demokratie ist vor allem eine Erwartungskrise. Moderne Wohlstandsgesellschaften können immer weniger mit Verlusten umgehen, die aber unvermeidlich sind. Es ist diese interne Paradoxie, die uns zerfrisst. Wohlstandszuwachs führt zu einem Schaukeleffekt: Je höher der Wohlstand, desto höher werden die Ansprüche an Ungestörtheit, Perfektion, Komfort. Gleichzeitig wachsen die Ängste vor Verlusten aller Art.

„Die Politik muss endlich liefern“, ist der meistgehörte Satz in allen Talkshows, Kommentaren und Stammtischen der Republik. Vor allem in Kontext der komplexen Regierungsbildung war ein zeitlicher Druck spürbar. In der angelsächsischen Politikdebatte nennt man das „Deliverism“: Politiker geraten in eine Art Zwangsspirale, und der Bürger wird immer mehr zum Konsumenten, der jedes Paket zurückschickt, weil es ihm nicht gefällt. Als wäre Demokratie mittlerweile eine Form des Konsums. Politiker sitzen in einer Anspruchsspirale: Sie müssen immer höhere Versprechen machen, um überhaupt noch kommunikativ durchzudringen. Sie müssen ständig den Einsatz erhöhen, aber gerade dadurch werden sie angreifbarer. Viele Interviews, die Journalisten heute mit Politikern führen, ähneln einem Verhör: Was haben Sie versprochen? Wann werden Sie liefern? Ist das etwa genug? Kein Wunder, dass die jungen Talente sich von der Politik fernhalten.

„TSD sorgt ständig für

Nachdem ein Mitarbeiter aus dem Irak (30) die Misstände in der Notschlafstelle Innsbruck aufzeigte, gehen die politischen Wogen hoch. Und der Aufdecker liegt schwer verletzt im Spital . . .

Diese Story lässt die Wogen im Land hochgehen. Die „Krone“ berichtete am Sonntag über die Misstände bei den Tiroler Sozialen Diensten (TSD) – und zwar anhand der Notschlafstelle am Schusterbergweg in Innsbruck. Ein Mitarbeiter hat sich gemeldet und von Sozialdumping, illegalen Bewohnern und Drogenhandel berichtet. Dass genau jener Mann in der Nacht vor Erscheinen des Artikels brutal zusammengeschlagen wurde (siehe Seiten 10/11), kann ein Zufall sein. Oder auch nicht – doch das müssen Polizei und Gerichte klären . . .

„Diese Einrichtung ist und bleibt ein Pulverfass!“

Die brisante Story ließ aber auch politisch die Wogen hochgehen. „Seit Jahren schaffen es die Verantwort-

lichen der TSD für immer neue negative Schlagzeilen zu sorgen, es ist beinahe zum Verzweifeln“, stellt Tirols FP-Chef Markus Abwerzger zermürbt fest. Er verweist darauf, dass die Landesgesellschaft seit der Gründung beinahe monatlich den Landtag beschäftigt. Er nimmt den zuständigen LHStv. Philip Wohlgemuth in die Pflicht. „Auch unter neuer politischer Führung sind die TSD ein strukturelles, personelles und organisatorisches Pulverfass.“

„Die Zustände in einem Heim sind untragbar“

Ähnlich auch die Tiroler Neos. „Die Vorwürfe wiegen schwer und diese Misstände brauchen selbstverständlich Aufklärung und Lösungen! Diese Zustände sind untragbar, sowohl für die Klienten der Notschlaf-



Foto: Christof Birbaumer

stelle als auch für die Mitarbeiter“, sagt Neos-Klubchefin Birgit Obermüller.

LA Andrea Halselwanger-Schneider (Liste Fritz) sagt: „Wanzen in Notunterkünften – das sind Zustän-

”



Foto: Christof Birbaumer

Es gibt ein klares Bekenntnis zum notwendigen Energiemix und zur Windkraft auch in Tirol.

Vize-Umweltanwalt Walter Tschon



In Tirol wird es noch eine Weile dauern, bis Windräder aufgestellt werden. Es soll laut Studie 160 mögliche Standorte geben.

Foto: Schwaiger Manuel

Den Besuch in Osttirol – „wir haben hier allerhand vor“ – nützte Haselwanter-Schneider für ein zweites lokales Thema, ebenfalls aus dem Gesundheitsbereich. Im Jänner brachte die Parteiobfrau im Landtag einen Antrag zu den Umkleidezeiten in Spitälern ein, um auch in den Bezirkskrankenhäusern eine mitarbeiterfreundliche Regelung zu erreichen. Denn auch hier gebe es Benachteiligungen für das medizinische Personal.

Im Vergleich zu anderen Krankenhäusern und den Spitälern der Tirol Kliniken werden laut Liste Fritz auch im BKH Lienz die Umkleidezeiten nicht zur Gänze zur Arbeitszeit gerechnet, sondern laut Beschluss des Gemeindeverbandsausschusses mit zehn Minuten mehr Mittagspause abgegolten. „Das ist nicht fair und so auch nicht hinzunehmen“, sagt Haselwanter-Schneider, die auf Nachtschichten, kurze und geteilte Dienste anspielt.

Die Liste Fritz fordert vom Land Tirol eine tirolweit einheitliche Lösung. Gleichzeitig legt die Partei Vorschläge auf den Tisch. Eine Möglichkeit wäre, es wie die Tirol Kliniken zu machen, die für Vollzeitbeschäftigte eine Jahrespauschale von 20 Stunden ausweisen. Als vorbildliches Beispiel nennt Haselwanter-Schneider das Bundesland Kärnten. Dort zählen dank gesetzlicher Regelung und Betriebsvereinbarungen zehn Minuten vor und nach dem eigentlichen Dienstbeginn als Arbeitszeit.



Seit 2018 ist Haselwanter-Schneider Parteiofrau der Liste Fritz. Foto: Dolomitenstadt/Hassler

Liste Fritz sieht Defizite bei Gesundheitsberufen

Andrea Haselwanter-Schneider kritisiert sowohl das Gehaltssystem als auch die Arbeitszeitregeln.

Politik | Alexandra Hassler | 28.02.2025

Im November 2024 stellte die Landesregierung [sieben Maßnahmen zur Aufwertung der Gesundheitsberufe](#) vor. Neben den Tiroler Grünen übte damals auch Andrea Haselwanter-Schneider, Parteiobfrau und Landtagsabgeordnete der Liste Fritz, Kritik: „Keine Berücksichtigung im 18,3 Millionen Euro schweren Paket des Landes Tirol haben jene Menschen gefunden, die noch im alten Gehaltssystem angestellt sind.“ Damals, so erinnerte sie sich im Rahmen eines Pressegesprächs am heutigen Freitag, 28. Februar, in Lienz, habe sie die Änderungen so kommentiert: „Dümmer kann man eine Gehaltsreform nicht machen“.

Konkret geht es um Gehaltsanpassungen, die gezielt für Mitarbeiter:innen mit neuen Dienstverträgen erarbeitet wurden. Seit 1. Jänner dieses Jahres, als die Aufwertung in Kraft trat, profitieren laut Liste Fritz im BKH Lienz nur 40 Prozent von den Maßnahmen. Um sich ein Bild zu machen, nennt Haselwanter-Schneider eine Summe: „Eine Diplompflegerin die 35 Jahre im Haus ist, hat eine junge Kollegin auf der Station die um 500 Euro mehr verdient.“

Der Betriebsrat des Krankenhauses habe deshalb mit Unmut der betroffenen Belegschaft zu kämpfen, wie die Landtagsabgeordnete wisse. Die Liste Fritz setzt sich nun für die Möglichkeit eines nachträglichen Wechsels des Gehaltssystems ein. Die sogenannte Optionsmöglichkeit wäre demnach die Minimalforderung. Den Angestellten bliebe damit offen, sich jährlich auszurechnen, ob sich ein Wechsel lohnt, um dann in Folge ins neue System überzugehen.